

Einwanderung, Integration und Asyl



Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung **kein klassisches Einwanderungsland** und kann erst recht nicht Ziel einer Masseneinwanderung sein, wie wir sie im Jahre 2015 erlebt haben. Kanada und Australien können Vorbilder darin sein, wie Einwanderungsländer eine gesellschafts-, sozial-, und arbeitsmarktverträgliche Einwanderung regeln. Der deutsche „Sonderweg“ hingegen führt bisher fast ausschließlich zu einer Einwanderung in die Sozialsysteme, anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt. Das will die AfD ändern. Es ist notwendig, zwischen politisch Verfolgten und Flüchtlingen, die unmittelbar vor ihrer Einreise tatsächlichen, kriegsbedingten Gefahren ausgesetzt waren, einerseits und irregulären Migranten andererseits, zu unterscheiden. Echte Flüchtlinge will auch die AfD schützen, solange die Fluchtursache im Heimatland andauert. Irreguläre Migranten aber, die - anders als Flüchtlinge - nicht verfolgt werden, können keinen Flüchtlingsschutz beanspruchen.

Lösungsansätze:

Einrichtung von Schutz- und Asylzentren in den Herkunftsregionen der Flüchtlingsbewegungen, wie z.B. Nordafrika. Nur Personen, deren Asylrecht in diesen Zentren anerkannt wird, können dann nach Deutschland einreisen. An allen deutschen Grenzübergängen, an denen eine unreglementierte Einwanderung stattfindet, sind – dem geltenden Recht entsprechend - Personenkontrollen einzuführen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sind unverzüglich außer Landes zu bringen, sofern sie nicht entsprechende Ausreiseaufforderungen freiwillig befolgen. Maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien erscheint sinnvoll, soweit ein zweifelsfreier Bedarf weder durch einheimische Potenziale noch durch Zuwanderung aus der EU gedeckt werden kann. Im Vordergrund dieser Regelungen müssen die legitimen Interessen des Ziellandes Deutschland stehen, so wie dies weltweit gang und gäbe ist. Gelungene Integration fordert von Einwanderern jeden Alters und Geschlechts mindestens das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie die Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts.

Jeder Einwanderer hat die unabdingbare Bringschuld, sich zu integrieren. Er muss bereit sein, sich seiner neuen Heimat anzupassen. Eine fortgesetzte Zuwanderung von Menschen mit denkbar schlechten Integrationsaussichten verschärft die bestehenden Probleme und ist daher unverantwortlich.